

Ende des Gaza-Krieges gefordert

EU-Länder unterzeichnen Erklärung – Deutschland gehört nicht dazu.

ROM/TEL AVIV/GAZA. Die Außenminister von mehr als zwei Dutzend Ländern fordern in einer gemeinsamen Erklärung ein sofortiges Ende des Krieges im Gazastreifen und kritisieren zugleich Israels Umgang mit der humanitären Hilfe für das abgeriegelte Gebiet. „Der Krieg in Gaza muss jetzt beendet werden“, heißt es in dem Text. „Weiteres Blutvergießen dient keinem Zweck.“ Die weiter in Gaza festgehaltenen Geiseln müssten sofort freigelassen werden. Das israelische Außenministerium wies die Erklärung als „ohne Bezug zur Wirklichkeit“ zurück. Unterzeichnet wurde die Erklärung von zunächst 25 Ländern, unter anderem Italien, Frankreich, Österreich, das Vereinigte Königreich, Belgien und Kanada sowie von der EU-Kommissarin für Gleichstellung und Krisenmanagement. In einer Mitteilung der britischen Regierung sind nun zusätzlich Griechenland, Zypern und Malta aufgeführt. Die deutsche Bundesregierung steht in der Kritik, weil sie sich der Erklärung nicht angeschlossen hat. Aus der Regierungspartei SPD forderten die Bundestagsabgeordneten Rolf Mützenich und Adis Ahmetovic Außenminister Johann Wadephul (CDU) auf, sich der Initiative anzuschließen. *dpa/AFP*

Kurz berichtet

Regierungsfieger landet unplanmäßig

BERLIN. Eine Maschine der Bundeswehr-Flugbereitschaft, mit der zuvor Bundesjustizministerin Stefanie Hubig (SPD) unterwegs war, musste am Montagabend in Leipzig notlanden, teilte ein Sprecher der



Stefanie Hubig Foto: dpa/M. Kappeler

Luftwaffe mit. Der Airbus A319 befand sich auf dem Weg von Berlin zur Heimatbasis in Köln. Nach einer Warnmeldung nach dem Start entschied der Pilot, in Leipzig zu landen. Die Delegation der Ministerin war zuvor in Berlin ausgestiegen. *dpa*

FBI-Dokumente zu Attentat freigeben

WASHINGTON. Trotz Bedenken seiner Familie hat die US-Regierung unter Verschluss gehaltene Dokumente zum Attentat auf den Bürgerrechtler Martin Luther King veröffentlicht. Mit der Freigabe der Unterlagen solle „vollständige Transparen“ hergestellt werden, sagte Geheimdienstkoordinatorin Tulsi Gabbard. Die mehr als 230 000 Seiten umfassende Dokumentensammlung befasst sich unter anderem mit den Ermittlungen der US-Bundespolizei FBI. *AFP*

Es ist mehr als ein Jahr her, da gingen an vielen Wochenenden Zehntausende in Deutschland auf die Straße. Das vom Recherchenetzwerk Correctiv aufgedeckte Potsdamer Treffen hatte viele aufgeschreckt – mit Worten wie Remigration und Berichten über Verstrickungen zwischen AfD-Mitgliedern und Rechtsextremen. Wenige Monate später legte die AfD im Südwesten bei Kommunal- und Europawahl kräftig zu.

Dann beging Friedrich Merz wenige Wochen vor der Bundestagswahl einen Tabubruch und ließ über seinen Antrag zur Migration mit Hilfe der AfD abstimmen. Kurz darauf, am 23. Februar, verdoppelte die Partei bundesweit ihr Wahlergebnis von 2021. In Baden-Württemberg wurde sie in 31 Wahlkreisen zweitstärkste Kraft.

Nun, wenige Monate vor der Landtagswahl am 8. März, ist die AfD im Südwesten weiter stark, legt in Umfragen sogar zu. Und das, obwohl inzwischen das Gutachten des Verfassungsschutzes veröffentlicht worden ist, das belegen soll, dass in der Partei die rechtsextremen Kräfte die

Leitartikel

Klarheit im Umgang mit der AfD

Der BaWü-Check zeigt: Viele sind mit Blick auf die AfD unentschieden. Das hat Gründe, die abgestellt gehören.

VON ANNIKA GRAH

Oberhand gewonnen haben. Die AfD wiederum setzt sich gegen die Einstufung vor Gericht zur Wehr.

Im aktuellen BaWü-Check, der Umfrage baden-württembergischer Tageszeitungen, wird das Wählerpotenzial der vom Verfassungsschutz als rechtsextremer Verdachtsfall eingestuften Partei auf 23 Prozent geschätzt. Jeder Fünfte fände eine Koalition mit der CDU eine gute Idee.

Nur wenig mehr der Befragten sind für ein schwarz-grünes Bündnis. Und selbst wenn die Frage weiter gefasst und neben der Koalition auch die „Zusam-

menarbeit“ als Option angeboten wird, findet weniger als die Hälfte, dass man das ausschließen sollte.

Fast ebenso viele der Befragten sehen kein Problem in der Zusammenarbeit mit der Partei, der die Präsidentin des Verfassungsschutzes auch in diesem Bundesland attestiert, dass rechtsextremistische Kräfte in der AfD auf dem Vormarsch sind. Gleichzeitig ist mehr als die Hälfte beunruhigt darüber, dass die Partei bei der Landtagswahl Stimmen dazu gewinnen könnte.

Das wirkt alles seltsam un-
ausgegoren. Einerseits sehen



viele den Erfolg der AfD mit Sorge, andererseits hält man sie für regierungsfähig oder zumindest der Zusammenarbeit würdig. Das ist kein Wunder angesichts des Schlingerkurses mancher Parteien im Umgang mit der AfD in den vergangenen Monaten.

Da ist auf der einen Seite die Brandmauer, die etwa CDU-Spitzenkandidat Manuel Hagel hochhält. Auf der anderen ein Bundeskanzler, der im Januar kurz vor einer Richtungs-
wahl für einen vermeintlichen Geländegewinn die Unterstützung der Rechten akzeptierte.

Wie wird das neue Syrien aussehen?

Der Umgang mit der kleinen drusischen Minderheit in der südsyrischen Stadt Suwaida lässt nichts Gutes erahnen. Eine neue Fluchtwelle könnte die Folge sein. Auch andere Minderheiten werden bedroht.

■ Von Violetta Hagen

SUWAIDA. Als Basil al-Khalil (Name geändert) sich am Montag nach fünf Tagen das erste Mal traut, einen Fuß vor seine Haustür zu setzen, zeigt sich ihm ein Bild des Grauens. Halberverweste Leichen liegen am Rand der Straße in der südsyrischen Stadt Suwaida. Es kostet den dreißigjährigen Englischlehrer allen Mut, weiterzugehen. Als er das größte Krankenhaus der Stadt erreicht, findet er den Innenhof mit Leichen übersät, keine lebende Seele ist zu sehen. Basil filmt alles mit seinem Handy. „Oh Gott, das ist wie ein Horrorfilm“, kommentiert er seine Aufnahmen. „Wir brauchen Hilfe!“

Spannungen seit dem Sturz von Assad

Was sich in den vergangenen zehn Tagen in Suwaida abgespielt hat, wirft einen dunklen Schatten auf das neue Syrien unter Übergangspräsident Ahmad al-Scharaa. Im Dezember vergangenen Jahres stürzte er mit seinen islamistischen Kämpfern Langzeitdiktator

Bashar al-Assad. Und während immer mehr Sanktionen aufgehoben und Botschaften eröffnet werden, verschlechtert sich die Sicherheitslage in Syrien – vor allem für religiöse und ethnische Minderheiten.

Dabei gilt Syrien als eines der heterogensten Länder der arabischen Welt: Alawiten, Drusen, Christen und Kurden prägen die mehrheitlich sunnitische Gesellschaft mit. Die Drusen machen etwa drei Prozent der Bevölkerung aus. Die religiöse Minderheit lebt überwiegend in Suwaida im Süden des Landes.

Seit dem Sturz des Assad-Regimes kommt es immer wieder zu Spannungen. Die Drusen pochen darauf, selbst für Sicherheit in ihren Siedlungsgebieten zu sorgen. Auch die Kontrolle über den Drogenhandel in der Region hat mutmaßlich eine Rolle gespielt sowie alte Fehden mit benachbarten Beduinenclans. Der Streit mit eben diesen sunnitischen Clans eskalierte vergangene Woche schließlich in blutige Gewalt. Doch statt schlichtend einzugreifen, sollen die aus Damaskus entsandten Regierungstruppen selbst dru-



Ein beduinischer Kämpfer ruft am 18. Juli während der Zusammenstöße zwischen beduinischen Stammeskämpfern und drusischen Streitkräften nahe der Stadt Suwaida Parolen. Foto: dpa/Alsayed

sische Zivilisten ermordet haben, so der Vorwurf der Syrischen Beobachtungsstelle für Menschenrechte. Mehr als 700 Menschen sollen auf allen Seiten getötet worden sein.

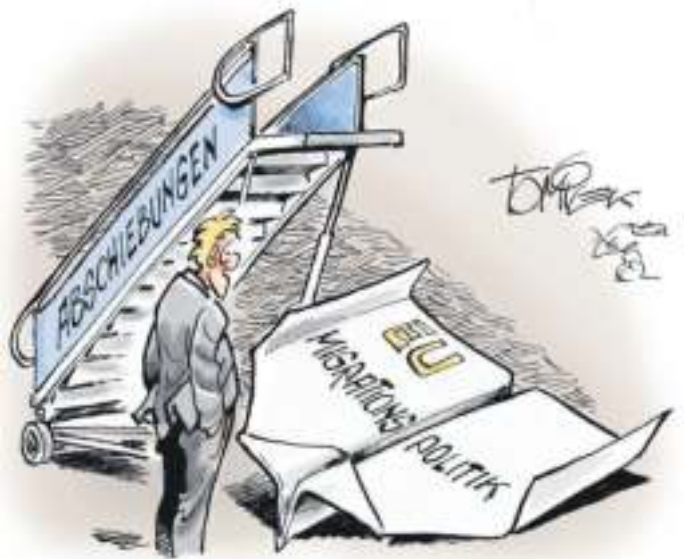
Besonders erschreckend ist für Beobachter, wie schnell eine explizit anti-drusische Rhetorik auftauchte – und auch in Staatsmedien verbreitet

wurde. „Die Kämpfer haben sich dabei gefilmt, wie sie drusischen Männern die Schnurrbärte abrasieren, die als religiöses Symbol gelten“, schildert die deutsche Menschenrechtsaktivistin Düzen Tekkal. Sie sieht die Minderheiten in Syrien als akut gefährdet. „Anstatt den neuen Präsidenten zu hofieren, in der Hoffnung bald

Dabei ginge es auch anders. Das hat Manuel Hagel vorge-macht, der damit ein klares Zeichen setzte. Dabei ging es zwar nicht um das Reizthema Migration, aber ums Gendern. FDP-Fraktionschef Hans-Ulrich Rülke wollte Hagel 2023 dazu bringen, in einem Antrag mit der AfD abzustimmen. Hagel entzog sich und brachte seine Fraktion im Landtag dazu, gegen die eigene Position zu stimmen, um nicht mit Stimmen der AfD einen Pyrrhussieg davonzutragen.

Eine solche Klarheit ist geboten im Umgang mit der AfD. Haltung alleine wird es aber nicht richten, wenn die Partei nach wie vor für viele die vermeintlich einfacheren Lösungen anbietet. Da braucht es Überzeugungsarbeit und das Vertrauen, dass die anderen Parteien handlungsfähig sind. Noch haben Grüne und CDU in der Landesregierung die Möglichkeit zu zeigen, dass sie dazu in der Lage sind, auch wenn das im Lichte des aufziehenden Wahlkampfes immer schwerer wird. Vor allem aber muss es im Wahlkampf um eigene Inhalte gehen und nicht um ein „Gegen die anderen“.

Die Karikatur



Kopenhagen-Airport

Karikatur: Tomicsek

Woidke verteidigt Platzeck

Der ehemalige SPD-Chef Matthias Platzeck soll Berichten zufolge trotz des Krieges in der Ukraine weiter Kontakte zu Russland pflegen.

POTSDAM. Brandenburgs Ministerpräsident Dietmar Woidke (SPD) hat die Kontakte seines Vorgängers Matthias Platzeck nach Russland verteidigt. „Es ist wichtig, diplomatische Kanäle offenzuhalten“, sagte Woidke auf Anfrage. „Nur so besteht die Chance auf Deeskalation und eine friedliche Lösung. Das ist ebenso wichtig, wie die klare Unterstützung der Ukraine, die völkerrechtswidrig von Russland angegriffen wurde.“ Er sagte außerdem: „Matthias Platzeck hat alles dazu gesagt.“ Der „Tagesspiegel“

hatte am Samstag darüber geschrieben.

Der „Spiegel“, die „Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung“ und die russische Oppositionsplattform „The Insider“ hatten unter Berufung auf Augenzeugen berichtet, Platzeck sei seit Ende 2022 neunmal nach Russland gereist. Der SPD-Politiker sagte dem „Tagesspiegel“, es gehe darum, bestehende Kontakte nicht abreißen zu lassen. Die Frage sei auch, wie der Krieg enden könnte und ob zu einer guten Verteidigungsfähigkeit nicht auch

aktive Diplomatie auf vielen Ebenen gehöre.

Matthias Platzeck war von 2002 bis 2013 Ministerpräsident von Brandenburg und von 2005 bis 2006 Bundesvorsitzender der SPD. Platzeck hatte sich im Mai dieses Jahres gegen Vorwürfe im Zusammenhang mit einer Reise nach Baku in Aserbaidschan zu Gesprächen mit russischen Vertretern ge-wehrt. Er erklärte damals, zu Grundsätzen guter Außenpolitik gehöre es, Gesprächskon-takte auch nach Russland aufrechtzuerhalten. *dpa*